



[www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de)

## Bericht aus Berlin

7 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

# Aus dem Bundestag

## Schaffung einer Stabilitätsunion

Am Donnerstag fand im Plenum die erste parlamentarische Lesung eines Gesetzespaketes zur Schaffung einer Stabilitätsunion statt. Dazu gehören die Ratifizierung des Fiskalvertrages vom 2. März 2012 (Gesetz über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion), die Einrichtung (gemäß dem Vertrag vom 2. Februar 2012) und Finanzierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die europarechtliche Verankerung des ESM, die Einführung von Umschuldungsklauseln in Bundeswertpapiere sowie ein Nachtragshaushalt für 2012 (für die vorgezogene ESM-Bareinlage). Darüber soll bis zur Sommerpause entschieden werden. Der ESM soll ab Juli 2012 bereit stehen, um Finanzhilfen leisten zu können, falls die Finanzstabilität der Eurozone gefährdet sein sollte. Die seit Mitte 2010 aktive EFSF (European Financial Stability Facility) stellt ihre Aktivitäten wie geplant Mitte 2013 ein.

Für weitere Informationen besuchen Sie

[www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de)

und das Profil von Peter Götz auf

[www.facebook.de](http://www.facebook.de)

## Europäische Finanzaufsicht stärken – mit Rücksicht auf den Mittelstand

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP fordern in einer Entschließung die Bundesregierung auf, bei dem Aufbau des europäischen Finanzaufsichtssystems die besonderen mittelständischen Strukturen auf dem europäischen Finanzmarkt zu berücksichtigen. Regional agierende Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken dürfen nicht durch Überregulierungen belastet werden.

## Photovoltaik auf dem Weg zu den freien Märkten

Am Donnerstag fand auch in zweiter und dritter Lesung die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien statt. Nach intensiven Beratungen stand der Beschluss fest, dass, um den unkontrollierten Zubau mit seinen Kosten- und Netzrisiken einzudämmen, es zu einer dreistufigen Rückführung der Vergütung für Neuanlagen kommt. Am 1. April 2012 erfolgt eine einmalige Absenkung und in den kommenden Monaten jeweils geringfügige weitere. Bei großen Anlagen über 10MW gibt es keine Vergütung mehr aus dem EEG. Bei kleinen bis zu 10MW wird die Vergütung auf 80% begrenzt. Die Kürzung der Förderung ist der erste Schritt auf den freien Markt, auf dem sich die Photovoltaik auf Dauer beweisen muss. Der Vertrauensschutz für Investoren wird gestärkt.

## Parlamentsdeutsch ...

Europäische Union: Die Europäische Union (EU) ist ein Zusammenschluss von derzeit 27 Staaten. Die wirtschaftliche Integration, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit bilden die drei sogenannten Säulen der EU. Bundestag und Bundesrat wirken nach Artikel 23 des Grundgesetzes in Angelegenheiten der EU mit. Um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Europa dauerhaft und ausgewogen zu fördern, übertragen die Mitgliedsstaaten teilweise Hoheitsrechte auf die EU. Zudem haben die Mitgliedsstaaten Organe geschaffen, die die EU lenken und ihre Rechtsvorschriften erlassen. Die wichtigsten Organe sind das Europäische Parlament (als Vertretung der Bürger Europas), der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten sowie die Präsidenten des Europäischen Rates und der Kommission), der Rat (Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten) und die Europäische Kommission (als Vertreterin der gemeinsamen Interessen der EU).

# Nachrichten

## Sind ehrenamtliche Feuerwehrleute Arbeitnehmer?

Wären sie das im Sinne des EU-Rechts, würde der Charakter des Ehrenamts, das in Deutschland eine lange Tradition hat, vollkommen verkannt werden, erklärte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes Hans-Peter Kröger in der AG Kommunalpolitik, deren Vorsitzender Peter Götz ist.



„Das Ehrenamt ist eines der wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft. Der Dienst für den Nächsten in der Freizeit ist eben gerade kein Arbeitsverhältnis. Auch die in Brüssel angestrebte Variante, dass man ehrenamtliche Tätigkeit grundsätzlich als Arbeitsverhältnis ansieht aber für ehrenamtliche Feuerwehrleute eine Ausnahme macht, widerspricht dem Charakter dieses gesellschaftlichen Dienstes. Da man die ehrenamtliche Tätigkeit nur in Deutschland und Österreich kennt, ist der Kommission in Brüssel gar nicht bewusst, was sie mit ihrer EU-Arbeitszeitrichtlinie gerade regeln will“, so Peter Götz. Die rechtlichen Folgen einer falschen Charakterisierung wären, dass die ehrenamtlich Tätigen der freiwilligen

Feuerwehren mit einem durchschnittlichen Hauptberuf, der 40 Wochenstunden umfasst, nur noch wenige Stunden pro Woche bei der freiwilligen Feuerwehr Dienst leisten dürften. Dies reiche zwar in der Regel aus, aber in brenzligen Einzelfällen und Einsätzen nicht. Zudem gäbe es Probleme am Hauptarbeitsplatz, wenn ein Arbeitnehmer in der Nacht im Einsatz gewesen wäre: Der Arbeitgeber müsste sich jeden Tag erkundigen, ob der Arbeitnehmer einen Einsatz hatte und wenn ja, ihn bei entsprechender Dauer gegebenenfalls wieder nach Hause schicken. Peter Götz: „Das Ehrenamt ist ein hohes Gut, das nicht beeinträchtigt werden darf.“

## Praktikum im Bundestag



Kristin Albrecht und Peter Götz im Paul-Löbe-Haus

Peter Götz öffnete zwei Wochen lang die Türen des Bundestages für die in Rastatt geborene Studentin Kristin Albrecht. „Peter Götz‘ Einsatz für die Bürger ist unglaublich – von morgens um 7 Uhr bis manchmal sogar nach Mitternacht arbeitet er in zahlreichen Arbeitsgemeinschaften, Ausschüssen etc., besucht Sitzungen, hält Kontakt zu Experten und arbeitet nebenher täglich einen großen Stapel Post ab. Und das ist bei weitem nicht alles. Trotzdem hat er stets ein offenes Ohr für die Fragen der Bürger, die man ebenfalls täglich in der Post findet. Der Einblick in die Entstehung eines Gesetzes von

den Vorentwürfen in den Fraktionen, wie zum Beispiel die von Herrn Götz zur Novellierung des Baugesetzbuches, bis zur Verabschiedung des Gesetzes im Plenum hat mich sehr beeindruckt. Es wurde mir sogar ermöglicht, bei der Vereidigung des Herrn Bundespräsidenten anwesend zu sein. Ich danke Herrn Götz für die Ermöglichung dieser Erfahrungen!“, so die begeisterte Jurastudentin aus Heidelberg.

## Peter Götz reist nach Uganda

Als Mitglied der deutschen Delegation der Interparlamentarischen Union (IPU) reist Peter Götz mit Prof. Dr. Norbert Lammert, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, vom 30.3. bis zum 5.4.2012 nach Kampala/Uganda zur 126. Versammlung der IPU. Die IPU ist ein globales Forum für interparlamentarischen Dialog und Zusammenarbeit. Als Slogan will die IPU in Uganda „The IPU: better parliaments, stronger democracies“ beschließen und eine Reihe von weltweit aktuellen Problemen (AIDS/HIV, Klimawandel, Umsetzung von Menschenrechten) diskutieren. In Uganda finden neben vielen Sitzungen auch landeskundliche Exkursionen und Besichtigungen von durch deutsche Steuergelder geförderten Projekten statt. Außerdem trifft Peter Götz in Uganda in seiner Funktion als Präsident des Direktoriums der Global Parliaments on Habitat mit afrikanischen Präsidiumsmitgliedern dieser internationalen Organisation zusammen.

# Einige interessante Daten und Fakten...

## **Kommunales Finanzierungsdefizit 2011 gesunken**

Das kommunale Finanzierungsdefizit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um fast 6 Milliarden Euro verringert. Während sich die Einnahmen um 5,2% auf 191,7 Milliarden Euro erhöhten stiegen die Ausgaben mit 1,9% deutlich langsamer und erreichten einen Wert von 194,5 Milliarden Euro. Der Zuwachs der kommunalen Einnahmen wurde vor allem durch die Zunahme an Steuereinnahmen (+9,1%) bestimmt. Ausschlaggebend war ein Zuwachs von 13,2% bei der Gewerbesteuer auf 30,5 Milliarden Euro. Zudem bewirkte die gute Lage am Arbeitsmarkt Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer. Auf der Ausgabenseite resultierte der Zuwachs vor allem aus steigenden Personalausgaben gegenüber dem Jahr 2011 (+2,5%) und steigenden Ausgaben für die sozialen Leistungen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

## **Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland so gering wie nirgendwo in Europa**

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland so gering wie in keinem anderen EU-Mitgliedsstaat. Im Januar 2012 waren in Deutschland 7,8% der unter 25-jährigen ohne Arbeit. Im Vergleich hierzu lag in Spanien die Arbeitslosenquote in der gleichen Altersgruppe bei 49,9%, in Frankreich bei 23,3%. Im Februar ist die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren auf 293 000 gesunken, was einem Rückgang um noch einmal 1,5% auf eine Quote von 6,3% entspricht. Für den Herbst halten Experten sogar eine Quote von unter 5% für möglich. Die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen könnte in diesem Jahr somit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung sinken.

(Quelle: Focus)